



Anke Simon, MdL
Heike Scharfenberger, MdL
Abgeordnete der SPD-Landtagsfraktion

Anke Simon, MdL, Oberstraße 15a, 67065 Ludwigshafen
Heike Scharfenberger, MdL, Maxstraße 65, 67059 Ludwigshafen

Wahlkreisbüro:
67065 Ludwigshafen
Oberstraße 15a
Telefon (0621) 57251330
Telefax (0621) 57251320
wk-buero@anke-simon-spd.de

Wahlkreisbüro:
67059 Ludwigshafen
Maxstraße 65
Telefon 0177 4195 277
Heike.scharfenberger@spd.landtag.rlp.de

Aktuelle Infos aus der SPD-Landtagsfraktion

04.05.2015

Hochschulen sind Motor von Rheinland-Pfalz

Zur Regierungserklärung von unserer Wissenschaftsministerin Vera Reiß zum „Wissenschaftsland Rheinland-Pfalz“ erklärte unsere hochschulpolitische Sprecherin Barbara Schleicher-Rothmund: „Der Hochschulstandort Rheinland-Pfalz ist in der Vergangenheit Jahr für Jahr attraktiver geworden. Die hiesigen Universitäten und Fachhochschulen sind international anerkannt, wettbewerbsfähig und attraktiv.

Dies ist der Grund, dass über 120.000 Studierenden und rund 29.000 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern an vier Universitäten, sieben Hochschulen und vielen außeruniversitären Forschungseinrichtungen wie Max Planck in Mainz oder Fraunhofer in Kaiserslautern lernen, lehren und forschen. Anerkannt ist, dass in Rheinland-Pfalz die Qualität der Lehre stetig gesteigert wird. So sind die Hochschulen beim Bund-Länder-Programm „Qualitätspakt Lehre“ erfolgreich und erhalten bis 2016 insgesamt 43 Millionen Euro.“

Für die SPD-Fraktion ist klar: Die Hochschulen sind die Motoren der guten Entwicklung von Rheinland-Pfalz. Dort werden die Fachkräfte von morgen ausgebildet. Die rot-grüne Koalition wird sich daher weiterhin mit ganzer Kraft für eine Qualitätsverbesserung bei Studium und Lehre, für gute Arbeitsbedingungen an den Hochschulen, also für die Verbesserung der Planbarkeit einer wissenschaftlichen Karriere und der Vereinbarkeit von Familie und Studium einsetzen. Wichtige Ziele der SPD-Fraktion sind eine dauerhafte Verstetigung der Bund-Länder-Finanzierung der Hochschulen, der Ausbau des Wissens- und Technologietransfers sowie eine bedarfsgerechte Erweiterung der sozialen Infrastruktur für Studierende.

Auch lärmgeplagte Rheinland-Pfälzer verdienen Schutz

Mitglieder der SPD-Landtagsfraktion zeigten sich im Landtag in einer von der SPD-Fraktion beantragten Aktuellen Stunde „Lärmschutz stärken – Fluglärm reduzieren“ verärgert über die Politik der hessischen Landesregierung. „Sei es der Bau des Terminal 3 oder der Plan, rheinhessische Landkreise aus der Fluglärmkommission zu werfen – es zeigt sich immer wieder, dass die schwarz-grüne Landesregierung von Hessen – wenn überhaupt – ausschließlich das Wohl der hessischen Bürger im Blick hat. Die Fluglärm geplagten Menschen auf der rheinland-pfälzischen Seite des

Rheins werden regelmäßig nicht eingebunden, ja ihre Nöte schlichtweg ignoriert“, machte unsere verkehrspolitische Sprecherin Astrid Schmitt, die Wut der Menschen in Rheinhessen deutlich.

Dem pflichten auch Johannes Klomann, SPD-Abgeordneter aus Mainz, und Michael Hüttner, SPD-Abgeordneter aus Bingen, als Vertreter besonders betroffener Kommunen bei. Klomann machte in Bezug auf die kürzlich vorgestellten Lärmpausen deutlich: „Diese sogenannten Lärmpausen kann man für die rheinland-pfälzischen Bürger nur als Mogelpackung bezeichnen. Auch hier hat die hessische Landesregierung ausschließlich ihre eigenen Wähler im Auge. Dass für die linksrheinischen Kommunen sogar eher eine Verschlechterung zu erwarten ist, lässt man einfach unter den Tisch fallen.“ Michael Hüttner ergänzte: „Die SPD-Fraktion hat daher die Gespräche mit Bürgerinitiativen und Vereinen aus Rheinland-Pfalz intensiviert. Wir werden uns mit aller Kraft dafür einsetzen, dass auch die Stimmen der Rheinland-Pfälzer in dieser Debatte nicht ungehört verhallen.“

Die SPD-Abgeordneten sehen die Bundesratsinitiative des Landes Rheinland-Pfalz als gangbare Lösung dieses lange schwelenden Konflikts. „Seit 2013 kämpft Rheinland-Pfalz dafür, dem Lärmschutz auch im Luftfahrtrecht einen höheren Stellenwert zu verschaffen. Nur mit einer entsprechenden gesetzlichen Regelung können wir den lange überfälligen Schutz für alle Bürgerinnen und Bürger erreichen – egal in welchem Bundesland sie wohnen. Wir fordern die anderen Bundesländer auf, sich dieser Initiative anzuschließen“, so Astrid Schmitt.

LEAPs auf den Weg gebracht

Die rot-grüne Regierungskoalition hat in der letzten Sitzung des rheinland-pfälzischen Landtags ihren Entwurf eines Gesetzes über lokale Entwicklungs- und Aufwertungsprojekte (LEAPG) eingebracht. Die LEAPs, die auf der Idee der sogenannten Business Improvement Districts (BIDs) basieren, schaffen für lokale Akteure die Möglichkeit, in Innenstadtgebieten und Stadtteilzentren einen räumlich begrenzten Bereich zu definieren, in dem die dort ansässigen Grundstückseigentümer in Eigenverantwortung eine Verbesserung ihres direkten Umfelds erreichen können. „Die LEAPs sind so konzipiert, dass die Initiative stets von privaten Akteuren vor Ort ausgehen muss“, erklärte unser Fraktionsvorsitzender Alexander Schweitzer. „Mit den LEAPs schaffen wir die Möglichkeit, dass die jeweilige Gemeinde auf Grundlage einer Satzung von den Eigentümern in diesem Gebiet Abgaben erheben kann, die dann ausschließlich für die selbst gewählten Verbesserungen durch die Betroffenen eingesetzt werden. Im Gegensatz zu Initiativen auf rein privater Basis gibt es so keine Möglichkeit von Aufwertungsmaßnahmen der Nachbarn zu profitieren, ohne sich selbst zu beteiligen.“

Der vorgelegte Entwurf sieht insbesondere im Vorfeld, aber auch über die gesamte Dauer eines jeden Entwicklungs- und Aufwertungsprojektes, umfangreiche Informations- und Beteiligungsmöglichkeiten vor. Ein LEAP – und die damit verbundene Abgabe – kann nur eingerichtet werden, wenn eine Mehrheit der Eigentümer im Quartier dahinter steht. Auch die Planung und Umsetzung obliegt alleine den privaten Akteuren. Durch die Beteiligung der Kommunen bei Erlass der Satzung sowie bei der Erhebung und der Weiterleitung der Abgabe erreichen die LEAPs jedoch einen hohen Grad an Rechtssicherheit. „Die LEAPs sind zwar private Initiativen, unser

Entwurf sieht aber vor, dass die Letztentscheidung bei den Gemeinde- und Stadträten verbleibt. So stellen wir sicher, dass die Projekte nur dort entstehen, wo sie wirklich sinnvoll sind – dort wo Eigentümer, Gewerbetreibende und die Kommune an einem Strang ziehen“, stellt Schweitzer heraus.

Ländliche Regionen stärken – Breitbandausbau voranbringen

Die Regierungsfractionen von SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN haben einen Änderungsantrag „Ausbau von Hochleistungsnetzen in Rheinland-Pfalz voranbringen“ in den Landtag eingebracht. Dazu erklärt der SPD-Abgeordnete Jörg Denninghoff: „Gerade in den ländlichen Regionen von Rheinland-Pfalz wird die Verfügbarkeit von schnellem Internet eine entscheidende Rolle bei der Bewältigung der Herausforderungen des demographischen Wandels spielen. Der Ausbau von Hochleistungsnetzen ist für ein Flächenland wie Rheinland-Pfalz eine große Chance – und aufgrund der topographischen Gegebenheiten auch eine besondere Herausforderung.“

Denninghoff lobt vor diesem Hintergrund die Strategie der SPD-geführten Landesregierung, im Maßnahmenmix bis Ende 2018 schrittweise 50 Mbit/s flächendeckend in Rheinland-Pfalz auszubauen.

Weg frei für Superwahlsonntag am 13. März 2016

Mit der dritten Lesung und anschließenden Verabschiedung der Verfassungsänderung haben die drei rheinland-pfälzischen Landtagsfractionen den Weg frei gemacht für einen gemeinsamen Landtagswahltermin mit Baden-Württemberg und Sachsen-Anhalt am 13. März 2016. Die Verfassungsänderung war nötig geworden, weil die rheinland-pfälzische Landesverfassung bisher einen Wahltermin vor dem 18. März 2016 nicht zuließ. Die Landesregierung kann den Wahltermin am 13. März nun per Verordnung festlegen. Von dem gemeinsamen Wahlsonntag erhoffen sich die Landtagsfractionen durch die erhöhte mediale Aufmerksamkeit eine höhere Wahlbeteiligung auch in Rheinland-Pfalz.

„Wir freuen uns sehr, dass mit der heute verabschiedeten Verfassungsänderung einem gemeinsamen Wahltermin mit Baden-Württemberg und Sachsen-Anhalt nun nichts mehr im Wege steht. Für eine lebendige Demokratie ist es unerlässlich, dass Bürgerinnen und Bürger sich am demokratischen Willensbildungsprozess beteiligen. Leider beobachten wir bei Kommunal- und Landtagswahlen eine immer weiter sinkende Wahlbeteiligung. Dies kann uns dauerhaft nicht zufrieden stellen. Durch den medialen Scheinwerfer an einem Superwahlsonntag wird auch das Interesse der Bürgerinnen und Bürger am politischen Geschehen erhöht. Ich wünsche mir, dass viele von ihnen am 13. März auch den Weg ins Wahllokal finden“, so unser Parlamentarische Geschäftsführer Carsten Pörksen.

Mindestlohngesetz wird nicht angetastet

Unser Fraktionsvorsitzender Alexander Schweitzer zeigt sich erfreut über das Ergebnis des Spitzentreffens der Großen Koalition in Berlin zum gesetzlichen Mindestlohn:

„Mit diesem wichtigen Koalitionstreffen steht fest: Das Mindestlohngesetz wird im Kern nicht angetastet. Dies ist eine gute Nachricht für Millionen Menschen, die in Deutschland vom Mindestlohn profitieren.“

Die SPD-Landtagsfraktion hat in den vergangenen Monaten zwei Dialog-Veranstaltungen zum Mindestlohn organisiert. Dabei wurden offene Fragen erörtert und Antworten geliefert. Ein wichtiges Ergebnis der Fraktionsveranstaltungen war, dass das seit 1. Januar geltende Mindestlohngesetz breite Akzeptanz findet.

Girls‘ Day 2015: Großes Interesse an Arbeit der Fraktion

Nach einer Begrüßung im Mainzer Abgeordnetenhaus durch unseren Fraktionsvorsitzenden Alexander Schweitzer, diskutierten die Kinder und jungen Frauen mit unserer Bildungsministerin Vera Reiß und Landtagsabgeordneten. Dabei ging es unter anderem um den Beruf der Politikerin, um die Gremien des Landtags sowie um die Bedeutung von Gesetzen. Auf der Tagesordnung standen zudem die Teilnahme an einer Ausschusssitzung des Landtags und ein Planspiel zu aktuellen Themen.

Rund 20 Mädchen und junge Erwachsene zwischen elf und 20 Jahren waren beim Girls‘ Day der Landtagsfraktion dabei. Die Jüngste besucht eine sechste Klasse, die Älteste studiert bereits. Alexander Schweitzer betont: „Am Girls‘ Day haben Mädchen und Teenager die Chance, in verschiedenen Berufsfeldern erste Eindrücke zu sammeln. Erfreulich ist, dass so viele die Tätigkeiten von Politikern kennenlernen wollten. Für das Funktionieren einer Demokratie sind politisches Interesse und diese Neugierde unerlässlich.“

Petra Elsner, unsere Vorsitzende des Arbeitskreises Gleichstellung und Frauenförderung, ergänzt: „In Rheinland-Pfalz gibt es den Girls‘ Day seit 2002. Seitdem konnten viele Mädchen und junge Frauen spannende Berufe in Naturwissenschaft, Technik, Informationstechnologie und Handwerk kennenlernen. Manche konnten gar dafür gewonnen werden. Der Aktionstag ist zu einem Türöffner geworden. Er hilft, dass sich insbesondere Mädchen von traditionellen Rollenbildern lösen.“

SPD-Abgeordnete erkunden neuen Nationalpark

Am Pfingstwochenende wird der neue Nationalpark Hunsrück-Hochwald offiziell eröffnet, einen Monat zuvor haben sich die SPD-Landtagsfraktionen von Rheinland-Pfalz und dem Saarland vor Ort ein Bild gemacht. Rund ein Dutzend Abgeordnete, darunter die Fraktionsvorsitzenden Alexander Schweitzer und Stefan Pauluhn, durchwanderten einen Teil des Nationalparks. Start war Otzenhausen im Landkreis St. Wendel. Die Parlamentarier besichtigten das Keltendorf, wanderten den Hunnenring entlang und besuchten unter anderem das Gut Retzenhöhe.

Geleitet wurde die Tour von dem Leiter des Nationalparks, Dr. Harald Egidi. Er informierte vor allem über die ökologischen und wirtschaftlichen Aspekte des Projekts. Unser Fraktionsvorsitzende Alexander Schweitzer sagte: „Ich habe mir heute vor Ort ein eindrucksvolles Bild machen können. Der Hunsrück-Hochwald mit seinen Mooren und Brüchen hat es in jedem Fall verdient, zu einem Nationalpark aufge-

wertet zu werden. Ab Pfingsten werden Rheinland-Pfalz und das Saarland den offiziellen Beginn dieses gemeinsamen Projekts feiern."

„Mit der Eröffnung des Nationalparks wird ein wichtiger Punkt der rot-grünen Koalitionsvereinbarung erfüllt“, sagte unser umweltpolitische Sprecher Marcel Hürter. „Bei der Einsetzung keines anderen Nationalparks in Deutschland wurde so viel Wert auf Bürgerbeteiligung und die Einbindung der Region gelegt. Dieses Projekt ist ein weiterer Leuchtturm für unser Land. Die Landesregierung und die beiden Koalitionsfraktionen erhoffen sich vom Nationalpark Impulse für die ökologische und die wirtschaftliche Entwicklung der Region. In den bereits bestehenden Nationalparks wie dem Nationalpark Eifel oder dem Nationalpark Kellerwald-Edersee sind diese Effekte auch erkennbar eingetreten.“

Wir wünschen Euch eine schöne und erfolgreiche Woche

Gruß Heike und Anke